

## **Warschau, 25. Oktober 2015: Sieg der Nationalkonservativen in Polen**

*Polen hat eine neue Regierung gewählt. Nachdem die nationalkonservative PiS seit Mai 2015 bereits den Präsidenten stellt, hat sie nun den Durchmarsch zur absoluten Mehrheit im Parlament geschafft. Beata Szydło beerbt Ewa Kopacz als Premierministerin. Nachdem sie als seine Wahlkampfleiterin dem verhältnismäßig unbekanntem Andrzej Duda ins Präsidentenamt verholfen hatte, war die bis dahin ebenso wenig bekannte Politikerin vom Parteivorsitzenden Jarosław Kaczyński mit der Spitzenkandidatur für die Parlamentswahlen belohnt worden – wobei Spekulationen bleiben, ob dieser mittelfristig das Ruder wieder an sich reißen könnte. Insgesamt sind im Sejm nun ausschließlich Parteien des mittleren bis rechten Spektrums vertreten. Keine linke Kraft schaffte den Einzug.*

Von Irene Hahn-Fuhr, Direktorin

Am Sonntag, den 25. Oktober 2015, wurde in Polen ein neues Parlament gewählt. Dabei entschieden die Wählerinnen und Wähler über die Besetzung des Sejm (1. Kammer, 460 Abgeordnete, Verhältniswahlrecht im D'Hondt-Verfahren) und des Senats (2. Kammer, 100 Senatoren, Mehrheitswahlrecht in Ein-Personen-Wahlkreisen). Eindeutiger Wahlsieger in der 1. Kammer mit einer **absoluten Mehrheit** von 232 Sitzen ist die sich seit 2007 in der Opposition befindende nationalkonservative **PiS** (Recht und Gerechtigkeit - Prawo i Sprawiedliwość) von Jarosław Kaczyński mit 37,6% der Stimmen. Ihr folgt abgeschlagen auf Platz 2 die von vielen als „verbraucht“ wahrgenommene bisher regierende **PO** (Bürgerplattform - Platforma Obywatelska) mit 24,1%. Ebenfalls vertreten sein werden die Formationen **Kukiz'15** mit 8,8%, **Modernes Polen** (NowoczesnaPL) mit 7,6% und die **PSL** (Bauernpartei - Polskie Stronnictwo Ludowe) mit 5,1% der Stimmen. In der außerparlamentarischen Opposition verbleiben die **Vereinigte Linke** (Zjednoczona Lewica) mit 7,5% (8%-Hürde für Wahlbündnisse), **KORWIN** mit 4,7% und **Gemeinsam** (Razem) mit 3,6%. Damit wird erstmals seit 1918 ein Parlament komplett ohne die politische Linke gebildet. Auch im Senat erhält die PiS mit mindestens 60 von 100 Sitzen die absolute Mehrheit.

Dass den Polinnen und Polen ein ununterbrochener, emotional geführter und politisch hektischer Wahlkampf bis zum Herbst bevorstehen würde, war schon nach der Wahl von Andrzej Duda (PiS) zum Präsidenten im Mai abzusehen. Die **PiS** war dabei trotz der stabilen wirtschaftlichen Lage angesichts des von vielen Bürgern so wahrgenommenen Kontaktverlusts des Regierungslagers aus PO und PSL mit den sozialen Problemen und politischen Prioritäten der Bevölkerung von Anfang an **klarer Favorit**.

Inhaltlich war der Wahlkampf abwechslungsreich, hatten die Polen doch angesichts einer Belebung der politischen Szene durch das Entstehen neuer Gruppierungen auf dem gesamten politischen Spektrum (Rechts: *Kukiz'15*, Mitte: *NowoczesnaPL*, Links: *Razem*) eine Vielzahl sich durchaus unterscheidender wirtschafts- und sozialpolitischer Angebote zur Auswahl. Auch standen sich im direkten Duell um das Amt des Premierministers mit **Ewa Kopacz** (PO) und **Beata Szydło** (PiS) erstmals zwei Frauen gegenüber. Der durch Andrzej Duda im Präsidentschaftswahlkampf geschickt gesetzte Slogan „**Zeit für einen Wechsel**“ unterstrich den Charakter einer Richtungswahl, von dem praktisch alle oppositionellen Formationen zu

profitieren suchten.

Einer der Kampagnenschlager der **PiS** war das Versprechen der **Einführung eines Kindergelds** von umgerechnet rund 120 Euro monatlich. Genau wie die Vielzahl weiterer äußerst kostspieliger Vorschläge à la erneute Absenkung des gerade erst erhöhten Renteneintrittsalters und erneute Aufstockung des Verteidigungshaushalts sollte auch dies über eine Besteuerung für Banken und Supermärkte sowie „ehrliche Regierungsführung“ finanziert werden. Ein weiteres Kernthema des Wahlkampfs war die Debatte um die Abschaffung sogenannter „**Müllverträge**“, also Arbeitsverhältnisse ohne geregelte soziale Absicherung.

Die **PO** stellte den sozialpolitischen Forderungen im Kern den Vorschlag einer gesetzlichen **Vereinheitlichung der verschiedenen Arbeitsverträge** entgegen, die Schwarzarbeit vorbeugen und alle Arbeitnehmer gleichermaßen in die Sozialversicherung einbeziehen sollte. Im Endeffekt sollte so das Gesamtsteueraufkommen steigen, weswegen die PO spürbare Absenkungen von Steuersätzen gerade für Normalverdiener und die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 15 zł (gut 3,50 Euro) pro Stunde in Aussicht stellte. Demgegenüber versuchte sich die Neugründung **Modernes Polen (NowoczesnaPL)** des in der Wirtschaft exzellent vernetzten Ökonomen **Ryszard Petru** für die liberale Wählerschaft als Nachfolgerin der PO zu präsentieren und setzte vor allem auf Erleichterungen für Mittelstand und Kleinunternehmer. Die **PSL** konzentrierte sich in ihrem wirtschafts- und familienpolitisch ausgerichteten Programm auf die Einrichtung ländlicher Sonderwirtschaftszonen, Steuererleichterungen für Selbständige und Subventionen für Kinder.

Der ehemalige Rockstar **Paweł Kukiz** hatte gleich zu Beginn viel von dem ihm in Form von 20,8% der Stimmen im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen gewährten Vertrauensvorschusses verloren. Negativ fielen dabei besonders die langwierigen Querelen um die Aufstellung seiner Listen und der Versuch der Einbindung rechtsextremer Kräfte auf. Seine ursprüngliche thematische Verengung auf die Einführung eines Mehrheitswahlrechts in Ein-Personen-Wahlkreisen auch für den Sejm erweiterte er auf den anti-elitären Dreiklang „Demokratie - Wohlstand - Sicherheit“, womit er besonders bei 20% der Jungwähler gut ankam, die auch die euroskeptische Formation **KORWiN** des Europaabgeordneten Janusz Korwin-Mykke mit 17% überproportional stark unterstützten. Letztere postulierte eine massive Verschlinkung des Staats und ein Ende der öffentlichen Parteienfinanzierung, radikale Steuersenkungen sowie die Privatisierung der Sozialversicherung und des Gesundheitswesens.

Vergebens traten die **polnischen Grünen** gemeinsam mit der Union der demokratischen Linken (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*), mit Deine Bewegung (*Twój Ruch – TR*) von Janusz Palikot und mit der mittlerweile eher unbedeutenden Union der Arbeit (*Unia Pracy – UP*) in der **Vereinigten Linken (Zjednoczona Lewica – ZL)** an. Das Wahlbündnis hatte sich vor allem für eine Erhöhung des Mindesteinkommens um fast 50% auf umgerechnet knapp 600 Euro, höhere Renten, eine Reindustrialisierung und staatliche Exportförderung nach deutschem Vorbild, verstärkte Investitionen in Gesundheit, Bildung und Wohnungsbau sowie den Ausbau erneuerbarer Energien eingesetzt. Im Wahlkampf waren auch hier Parteipatriarchen wie Leszek Miller (SLD) und Janusz Palikot (TR) zugunsten von jüngeren und weiblichen Hoffnungsträgern wie Barbara Nowacka (SLD, Listenplatz 1 in Warschau) zunächst in den Hintergrund getreten. Nun könnte angesichts des Scheiterns eine tatsächliche Erneuerung der Führungsriege folgen.

Von linker Seite war des Weiteren unter dem Namen **Gemeinsam** (*Razem*) eine neue Formation auf dem politischen Parkett erschienen. Ebenso wie Kukiz, aber eher in Anlehnung an Podemos und Syriza sieht sich die Gruppierung als Vertretung der enttäuschten und betrogenen jungen Generation, die mit Parteienstaat und Bankenherrschaft aufräumen und den arbeitenden Massen ihren verdienten Lohn zukommen lassen will. Ähnlich wie die Vereinigte Linke, die von Razem als „Schwindler“ bekämpft wurde, waren die Forderungen von Razem sozialpolitisch konzentriert (u.a. Mindestlohn von 15 zł/h, Bau von Mietswohnungen), unterschieden sich aber deutlich in Hinsicht auf Konzepte für die weitere sozioökonomische Modernisierung, etwa in Bezug auf den von Subventionen abhängigen oberschlesischen Kohlebergbau. Auch wenn die Gruppierung den Einzug ins Parlament verpasste, so kann angesichts ihres Achtungserfolges doch nicht ausgeschlossen werden, dass sich mit Adrian Zandberg eine neue charismatische Führungsperson entwickelt, mit der in der Zukunft sicherlich noch zu rechnen ist.

Im Kontrast zur sich positiv entwickelnden **programmatischen Profilbildung** der politischen Gruppierungen fiel die zunehmende **Aggressivität in Stil und Ton** auf, in der die Kampagnen und Debatten geführt wurden. Wie bereits im Präsidentschaftswahlkampf erfolgreich getestet, betrieb die PiS im Internet erneut eine massive Negativkampagne gegen die PO. Im an Skandalen äußerst reichen Wahlkampf bezeichnete sie PO und teilweise auch PSL als „schlimmste kriminelle Bande seit den Kommunisten“, die Polen zur eigenen Bereicherung ganz bewusst „in den Ruin geführt“ habe. PiS-Parteivize Antoni Macierewicz, für seine Verschwörungstheorien in Bezug auf die Katastrophe von Smolensk bekannt, suggerierte auf Wahlkampfveranstaltungen mit der traditionell nationalkonservativen polnischen Emigrationsgemeinde in den USA sogar, Donald Tusk sei ein Geheimdienstagent gewesen. Aber nicht nur die PiS, sondern auch KORWiN, Kukiz und stellenweise sogar Razem griffen ihre politischen Gegner mit zweifelhaften Methoden wie persönlicher Diffamierung an.

Dass die proeuropäischen Polen ausgerechnet eine europaskeptische Partei an die Regierung wählen, ist bemerkenswert, sollte jedoch nicht überbewertet werden. Wenn auch von der PiS eine **Korrektur der bisherigen Europapolitik** in Richtung einer noch markanteren Vertretung nationaler Interessen zu erwarten ist, so bleibt die **Agenda der neuen Regierung vor allem innenpolitisch ausgerichtet**. Das konkrete Verhalten auf dem internationalen Parkett dürfte im gewissen Maße von Erfolgen oder Fehlschlägen „zu Hause“ abhängen. „Erst Polen, dann die Nachbarn, danach Europa“ – dieses Credo von Paweł Kukiz gilt gewiss auch für die PiS. Ob sie sich auch von antideutschen Reflexen wird leiten lassen, bleibt abzuwarten. Präsident Duda war bisher eher um kooperative Signale gegenüber den europäischen Partnern bemüht und suchte die schlechten Erinnerungen an die PiS-Regierungsjahre 2005-2007 als „von den Medien aufgebauscht“ zu zerstreuen.

Mit Spannung wird erwartet, wie sich die neue polnische Regierung gegenüber **Donald Tusk** verhalten wird. Dem derzeitigen Präsidenten des Europäischen Rates, dessen erste Amtszeit in Brüssel 2017 endet, werden Ambitionen auf die polnische Präsidentschaft 2020 nachgesagt. Falls sich ähnlich wie im Falle Ungarns in einiger Zeit Stimmen mehren sollten, die angesichts durch PiS geplanter Verfassungsänderungen wie Zentralisierung der Verwaltung, politische Kontrolle der Justiz, Säuberung der Medien etc. ein Eingreifen der europäischen Institutionen und Partner fordern könnten, ist der Konflikt vorprogrammiert.

PiS spricht sich bisher **gegen die Einführung des Euro** aus, der für Polen zu kostspielig sei. In diesem Zusammenhang wird auch über die Verabschiedung eines sogenannten

„Souveränitätsgesetzes“ spekuliert, das das „Primat der polnischen Verfassung über EU-Recht und EuGH-Urteile bestätigen“ und zu einer „Evaluierung bestehender Integrationsprojekte“ beitragen soll. In der **Flüchtlings- und Migrationspolitik** wird PiS wohl darauf verweisen, von den Wählern ein klares Mandat für eine abgrenzende Linie erhalten zu haben. Kaczyński hatte im Wahlkampf persönlich Ressentiments gegenüber Migranten weiter geschürt und vor Überfremdung gewarnt. Sogar ein Rückzug aus oder zumindest ein Hintertreiben der durch die Vorgängerregierung eingegangenen europäischen Kompromisse zur Wiederherstellung der sogenannten „verratenen Solidarität mit den Visegrád-Staaten“ kann nicht völlig ausgeschlossen werden.

In der regionalen Zusammenarbeit vertreten Nationalkonservative verschiedener Couleur seit Jahren ein selbstbewusstes Regionalmacht-Konzept. Dies betrifft nicht nur **Visegrád**, sondern auch die **baltischen Staaten**. Allerdings ist nicht ausgemacht, ob und in welchen Bereichen sich die Nachbarstaaten überhaupt eine Führungsrolle Warschaws wünschen, zumal einige bilaterale Beziehungen wie zum Beispiel mit Litauen belastet sind, selbst mit Ungarn sichtbare Interessenkonflikte etwa in der Ukraine-Frage bestehen und den kleineren EU-Mitgliedern wohl nur dann an einer engeren Zusammenarbeit mit Polen gelegen sein dürfte, wenn dadurch ihre Stimme in Berlin stärkeres Gehör bekäme.

Mit Blick auf den **Russland-Ukraine-Konflikt** könnte die polnische Politik mit Macht in ein erweitertes Format an den (Minsker) Verhandlungstisch drängen, um symbolisch ihre Überlegenheit gegenüber der Vorgängerregierung unter Beweis zu stellen. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass ein Teil der PiS mit in der polnischen Rechten verbreiteten antiukrainischen Tendenzen sympathisiert. Zudem dürfte sich das international nicht annähernd so gut wie die PO vernetzte politische Personal der PiS zunächst auf die Vorbereitung des 2016 in Warschau stattfindenden NATO-Gipfels konzentrieren.

In der **Energiepolitik** wird die bisherige Strategie Polens wohl beibehalten werden. Die PiS unterstreicht konsequent den Wert der Kohle als polnisches Gold, begründet dies wirtschaftspolitisch und will eine Strategie zur Modernisierung des maroden Kohlebergbaus verfolgen. Es gibt Pläne für ein neues Energieministerium, dessen Zuständigkeiten bisher auf Finanz- und Wirtschaftsministerium aufgeteilt sind, was von PiS als Hindernis für die Entwicklung einer kohärenten Politik betrachtet wird. Piotr Naimski, 2005-2007 stellvertretender Wirtschaftsminister in der Regierung Kaczyński, könnte als Minister in Frage kommen. Kernenergie wurde in der Wahlkampagne von PiS ausschließlich als Beispiel für die Verschwendung öffentlicher Gelder im Zusammenhang mit Verspätungen beim Kraftwerksbau thematisiert. Trotz des unlängst vor allem mit Hilfe der Stimmen von PiS verabschiedeten Gesetzes zu erneuerbaren Energien tauchte dieses Thema im Wahlkampf kaum auf. Ob und wie sich die neue Regierung an die im Wahlkampf versprochene „Neuverhandlung des Klimapakets“ machen wird, bleibt abzuwarten.

Mit dem vergangenen Sonntag hat ein anderthalbjähriger **Wahlmarathon** – Mai 2014 Europaparlamentswahlen, November 2014 Kommunalwahlen, Mai 2015 Präsidentschaftswahlen, Oktober 2015 Parlamentswahlen – sein vorläufiges Ende gefunden. Es bleibt kurzfristig zu hoffen, dass Polen sich in der Erholung von dieser langen Phase permanenter Wahlkampfstimmung und mit zunehmender Beruhigung der Rhetorik nun verstärkt der Lösung dringender politischer Herausforderungen widmen wird – national wie europäisch. Erst mittelfristig wird sich zeigen, wie sich die polnische Bevölkerung in der neuen politischen Landschaft wiederfindet und tatsächlich vertreten fühlt.